GUANTÁNAMO SCHLIESSEN DIE WAHRHEIT OFFENLEGEN

FÜNF JAHRE GUANTÁNAMO EINE CHRONOLOGIE

2001

- 11. September Fast 3000 Menschen kommen ums Leben, als vier entführte Flugzeuge in verschiedene Ziele in den USA gelenkt werden, unter anderem in das World Trade Center in New York.
- 14. September Der amerikanische Kongress verabschiedet eine Resolution, die dem Präsidenten erstmalig die Befugnis erteilt, mit Gewalt gegen »Nationen, Organisationen und Individuen« vorzugehen, die seines Erachtens auf irgendeine Weise mit den Anschlägen bzw. mit künftigen Aktionen des internationalen Terrorismus in Zusammenhang stehen.
- 7. Oktober Die USA greifen die Taliban-Regierung und Angehörige von al-Qaida in Afghanistan an.
- 13. November Präsident Bush erlässt eine Militärverordnung über die Inhaftierung, Behandlung und Strafverfolgung von ausländischen Staatsbürgern. Sie erlaubt dem Pentagon, diese ohne Anklageerhebung auf unbestimmte Zeit in Gewahrsam zu nehmen. Ferner verbietet die Verordnung den Gefangenen, Rechtsmittel in Verfahren vor US-amerikanischen, ausländischen oder internationalen Gerichten einzulegen. Die Militärverordnung sieht vielmehr vor, dass Verfahren gegen Gefangene wenn überhaupt vor einer Militärkommission stattfinden. Dabei handelt es sich um ein Exekutivorgan, kein unabhängiges und unparteiisches Gericht.
- 28. Dezember Das Justizministerium empfiehlt in einem Memorandum dem Pentagon, dass die Bundesgerichte nicht über Haftprüfungsanträge der in Guantánamo Bay festgehaltenen »feindlichen Ausländern« zu beraten haben, da der US-Stützpunkt nicht zum amerikanischen Hoheitsgebiet gehört.

2002

11. Januar – Die ersten Gefangenen werden von Afghanistan nach Guantánamo überführt und in Maschendrahtkäfigen in einem Bereich festgehalten, der als »Camp X-Ray« bezeichnet wird.

- 7. Februar Präsident Bush unterzeichnet ein Memorandum, in dem verfügt wird, dass kein Gefangener aus den Reihen der Taliban oder al-Qaida als Kriegsgefangener zu betrachten sei. Somit gelte nicht der allen vier Genfer Konventionen gemeinsame Artikel 3. Dieser gemeinsame Artikel 3 verlangt faire Standards für Gerichtsverfahren und verbietet Folter, Grausamkeit und »Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung«.
- **5.** April Der Gefangene Yaser Esam Hamdi wird von Guantánamo in Militärhaft auf dem Festland verlegt, nachdem sich herausgestellt hat, dass er US-Staatsbürger ist.
- **28. April** Gefangene werden von »Camp X-Ray« ins »Camp Delta« verlegt.
- 1. August In einem Memorandum des US-Justizministeriums an den damaligen Berater des Weißen Hauses, Alberto Gonzales, werden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Der Präsident kann Folter genehmigen, Ermittler dürfen Gefangenen starke Schmerzen zufügen, ehe sie die Grenze zur Folter überschreiten. Zudem gibt es eine breite Palette an Maßnahmen, die grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellen können, die jedoch keine Folter sind. Somit ziehen diese Maßnahmen keine strafrechtliche Verfolgung nach US-Recht nach sich. Das US-Recht verbietet Folterung durch US-Behördenvertreter außerhalb der USA. Selbst wenn es zu Folterungen kommen sollte, so das Memorandum, könnten die Argumente der »Notwendigkeit« bzw. »Selbstverteidigung« herangezogen werden, um jegliche strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen zu verhindern.
- 2. Dezember US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld genehmigt die uneingeschränkte Anwendung von Befragungstechniken, die das Überstülpen von Kapuzen, Entkleiden, sensorische Deprivation (Minimierung von Sinnesreizen), Isolierung, Verharren in schmerzhaften Körperhaltungen und den Einsatz von Hunden zur Erzeugung von Angst umfassen. Er hebt diese Pauschalgenehmigung sechs Wochen später allerdings wieder auf. Genehmigungen für den Einsatz derartiger Techniken müssen im Einzelfall ersucht werden.



GUANTÁNAMO SCHLIESSEN DIE WAHRHEIT OFFENLEGEN

FÜNF JAHRE GUANTÁNAMO EINE CHRONOLOGIE

2003

April – Donald Rumsfeld genehmigt Befragungstechniken wie Isolierung, Verschärfung der Haftbedingungen durch extreme Hitze oder Kälte und Schlafentzug. Weitere Techniken können von Fall zu Fall beantragt werden.

3. Juli – Das Pentagon verkündet, dass laut Präsident Bush sechs Insassen von Guantánamo für eine Verhandlung vor Militärkommissionen in Frage kommen. Zwei von den sechs werden anschließend ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren freigelassen und nach Großbritannien überführt.

2004

Mai – Vier Jahre nachdem der UN-Ausschuss gegen Folter die »übermäßig harte« Führung der sogenannten »Supermax«-Gefängnisse (Hochsicherheitsgefängnisse) der USA kritisiert hat, ist das »Camp V« in Guantánamo fertiggestellt. Es wurde nach dem Modell der »Supermax«-Gefängnisse errichtet.

28. Juni – Der Oberste US-Gerichtshof urteilt im Fall »Rasul gegen Bush«, dass US-Bundesgerichte befugt sind, Rechtsmittel von Gefangenen in Guantánamo anzuhören.

7. Juli – Der Pentagon kündigt die Bildung von Sondergerichten zur Prüfung des Kombattantenstatus von Gefangenen an. Das mit drei Offizieren besetzte Gericht kann geheime oder erzwungene Informationen als Beweise gegen die Inhaftierten verwenden. Vor diesen Sondergerichten soll den Gefangenen ein Rechtsbeistand verweigert werden. Zudem werden die Gefangenen im weiteren Sinne als »feindliche Kombattanten« angesehen, sofern sie nicht das Gegenteil beweisen.

November – Die Verhandlungen vor der Militärkommission werden ausgesetzt. Es wurden bei einem US-Bundesgericht Rechtsmittel für den jemenitischen Gefangenen Salim Ahmed Hamdan eingelegt.

2005

25. Mai – amnesty international fordert die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay. Die Forderung wird später von UN-Sachverständigen, den früheren US-Präsidenten Carter und Clinton, Staatschefs europäischer und anderer Länder sowie Menschenrechts- und Juristenorganisationen aufgegriffen.

30. Dezember – Präsident Bush unterzeichnet das Gesetz über die Behandlung von Gefangenen (Detainee Treatment Act 2005). Es verbietet den Einsatz grausamer, unmenschlicher

oder erniedrigender Behandlung von Gefangenen. Gleichzeitig schränkt es die Rechte der Gefangenen in Guantánamo auf gerichtliche Anfechtung der Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung bzw. der Haftbedingungen ein.

2006

10. Juni – Drei Gefangene sterben in der Einrichtung, offenbar durch Selbstmord.

29. Juni – Der Oberste US-Gerichtshof urteilt im Fall »Hamdan gegen Rumsfeld«, dass die im Rahmen der Militärverordnung von 2001 eingerichteten Militärkommissionen gegen US-amerikanisches Recht wie auch gegen das Völkerrecht verstoßen. Der Gerichtshof urteilt ferner, dass der gemeinsame Artikel 3 der Genfer Konventionen anzuwenden sei – damit widerspricht er der Entscheidung des Präsidenten von 2002.

6. September – Präsident Bush kündigt die Überführung von 14 Gefangenen, die in geheimen CIA-Hafteinrichtungen (sogenannten »black sites«) inhaftiert waren, nach Guantánamo an.

17. Oktober – Präsident Bush unterzeichnet das Gesetz über Militärkommissionen (Military Commissions Act). Dieses Gesetz entzieht den Bundesgerichten die Zuständigkeit für Anhörungen, die Rechtsmittel zur Haftprüfung bei nichtamerikanischen »feindlichen Kombattanten« in US-Gewahrsam weltweit betreffen. Darüber hinaus erlaubt das Gesetz dem Präsidenten, neue Militärkommissionen einzurichten, um derart eingestufte Gefangene vor Gericht zu stellen. Das schränkt die Reichweite des US-Gesetzes zu Kriegsverbrechen ein. Verstöße gegen das im gemeinsamen Artikel 3 vorgesehene Verbot bezüglich unfairer Gerichtsverfahren bzw. der »Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung«, werden nicht ausdrücklich strafrechtlich verfolgt. Präsident Bush kündigt an, das Gesetz werde die Fortführung des CIA-Programms zur geheimen Inhaftierung ermöglichen.

Oktober/November – Alle anhängigen Haftprüfungsanträge, die vor der Verabschiedung des Gesetzes über Militärkommissionen für Gefangene aus Guantánamo gestellt wurden, sollen nach Vorstellung der US-Regierung nicht vor Gericht behandelt werden. Die Regierung argumentiert, dass das Wissen der 14 aus geheimer Haft nach Guantánamo überstellten Gefangenen über das CIA-Programm – einschließlich Befragungstechniken und die Aufenthaltsorte geheimer Einrichtungen – aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht enthüllt werden dürfe.

